



---

## Interpellation Marti Bernhard (SP) vom 6. Mai 2013 betreffend politische Kampagnen der Industriellen Betriebe Langenthal bei Abstimmungen; Beantwortung<sup>1</sup>

---

Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident  
Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte

### 1. Text der Interpellation:

#### ***"Politische Kampagnen der Industriellen Betriebe Langenthal bei Abstimmungen***

*Die Abstimmungskampagnen zur Initiative und zum grossrätlichen Gegenvorschlag «Bern erneuerbar» vom 3. März 2013 wurde von überparteilichen Abstimmungskomitees geführt. Die öffentlich-rechtliche Anstalt der Stadt Langenthal - die Industriellen Betrieben - oder zumindest deren Direktorium - liessen sich in grossformatigen Inseraten und Interviews in mehreren regionalen Zeitungen zur Abstimmungsvorlage vernehmen.*

*Fragen:*

- 1. Was hat diese politische Kampagne der IBL die Gebührenzahlenden gekostet?*
- 2. Wie beurteilt der Gemeinderat diese und etwaige weiteren politischen Stellungnahmen zu Abstimmungen seiner Verwaltungszweige oder von zugehörigen Institutionen der Stadt Langenthal?*
- 3. Inwiefern dürfen sich die Verwaltungszweige der Stadtverwaltung oder der Stadt gehörende Institutionen künftig ebenfalls ohne Absprache mit dem für die Politik und Kommunikation zuständigen Gemeinderat oder Behörden, frei vernehmen lassen oder gar Abstimmungsinserte veröffentlichen?*
- 4. Wie allenfalls hat der Gemeinderat gegenüber dem Verwaltungsrat der IBL betreffend des direktoralem Vorgehens in dieser Sache - falls er es ebenfalls als heikel oder unstatthaft einstuft- reagiert?*
- 5. Wie gedenkt der Gemeinderat die Energiewende mit zu gestalten, respektive eine schrittweise Umstellung auf erneuerbare Energien in der Versorgung der Stadt Langenthal anzugehen?*

*Besten Dank für das Beantworten der Fragen."*

*Bernhard Marti*

### 2. Beantwortung der Fragen:

- 1. Was hat diese politische Kampagne der IBL die Gebührenzahlenden gekostet?*

Gemäss Auskunft des Verwaltungsrates der IBL kosteten die Inserate insgesamt Fr. 12'214.00.

- 2. Wie beurteilt der Gemeinderat diese und etwaige weiteren politischen Stellungnahmen zu Abstimmungen seiner Verwaltungszweige oder von zugehörigen Institutionen der Stadt Langenthal?*

Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass politische Stellungnahmen im Rahmen von Abstimmungen, sei dies von (Teilen) der Stadtverwaltung oder von (eigenständigen) städtischen Institutionen, grundsätzlich zu unterlassen sind.

- 3. Inwiefern dürfen sich die Verwaltungszweige der Stadtverwaltung oder der Stadt gehörende Institutionen künftig ebenfalls ohne Absprache mit dem für die Politik und Kommunikation zuständigen Gemeinderat oder Behörden, frei vernehmen lassen oder gar Abstimmungsinserte veröffentlichen?*

Wie aus der Antwort zu Frage 2 hervorgeht, vertritt der Gemeinderat die Meinung, dass sich städtische Verwaltungszweige und (eigenständige) städtische Institutionen bei politischen Abstimmungen nicht politisch äussern.

---

<sup>1</sup> Am 4. Juli 2013 vom Gemeinderat beantragte und am 11. Juli 2013 vom Stadtratspräsidenten bewilligte aufgeschobene Behandlung



4. *Wie allenfalls hat der Gemeinderat gegenüber dem Verwaltungsrat der IBL betreffend des direktoralem Vorgehens in dieser Sache - falls er es ebenfalls als heikel oder unstatthaft einstuft- reagiert?*

Der Gemeinderat brachte seine Meinung zur hier interessierenden Fragestellung im Rahmen des jährlichen Treffens zwischen dem Verwaltungsrat und dem Gemeinderat zum Ausdruck.

5. *Wie gedenkt der Gemeinderat die Energiewende mit zu gestalten, respektive eine schrittweise Umstellung auf erneuerbare Energien in der Versorgung der Stadt Langenthal anzugehen?*

Die Haltung des Gemeinderates zu diesen Fragestellungen ergibt sich aus den Richtlinien der Regierungstätigkeit, Abschnitt Umwelt, dort insbesondere Kapitel 2 Energiequalität und 3 Energieverbrauch.

Berichterstattung: keine (schriftliche Beantwortung)

Hinweis: **Art. 38 Abs. 4 Geschäftsordnung des Stadtrates (Interpellation):**

<sup>4</sup> *Nach der Beantwortung durch den Gemeinderat erhält die Interpellantin bzw. der Interpellant Gelegenheit zu einer kurzen Stellungnahme und kann erklären, ob sie bzw. er von der erhaltenen Antwort befriedigt sei oder nicht. Eine weitere Diskussion findet nur statt, wenn der Rat eine solche beschliesst.*

Langenthal, 21. August 2013

**IM NAMEN DES GEMEINDERATES**

Der Stadtpräsident:

Thomas Rufener

Der Stadtschreiber:

Daniel Steiner